

Amnesty International Sind die gesetzten Corona-Massnahmen verhältnismässig?

SCHAAN Seit Beginn der Covid-19-Pandemie vor gut eineinhalb Jahren haben Staaten rund um den Globus teilweise stark freiheitseinschränkende Massnahmen ergriffen, um das Virus einzudämmen. Für Amnesty International Liechtenstein ist es nun höchste Zeit, chronologisch Rückschau zu halten, sich einen Überblick über die getroffenen Massnahmen zu verschaffen und die Fragen nach ihrer Verhältnismässigkeit zu stellen. Zu diesem Zweck konnte Amnesty International Maya Zumstein-Shaha als Referentin gewinnen. Die Dozentin der Pflegewissenschaft ist seit 2012 Mitglied der Nationalen Ethikkommission der Schweiz sowie seit 2021 Mitglied des Zentralkomitees des Schweizerischen Verbands der Pflegefachpersonen. Mit ihr als Referentin organisiert Amnesty International Liechtenstein am Dienstag, den 26. Oktober, einen Vortrag unter dem Titel «Pandemische Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 – Chronologie und Verhältnismässigkeit» mit anschliessender Diskussion. Die Veranstaltung im Kleinen Saal des SAL beginnt um 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Für die Teilnahme gelten die aktuellen 3G-Regeln (getestet, geimpft, genesen). Teilnehmende müssen ein Covid-Zertifikat vorweisen. Gleichzeitig entfällt dadurch die Abstands- und Maskenpflicht. Anschliessend an das Referat und die Diskussion findet die GV von Amnesty International Liechtenstein statt. (red/pt)

Situationsbericht Acht weitere Coronafälle

VADUZ Innerhalb eines Tages wurden acht weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Das geht aus den Zahlen des Amtes für Statistik für den Donnerstag hervor. Demnach beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 3521 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 3415 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 60 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv infiziert sind demnach aktuell 46 Personen, davon befanden sich Stand Donnerstagabend zwei Personen im Spital. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich sechs neue Fälle pro Tag gemeldet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche berechnet wird, beläuft sich auf 165 Fälle. Das heisst, in den letzten 14 Tagen sind 165 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner erkrankt. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 111 Fällen. (red)

Aus der Region

Rentnerin übergibt falschen Polizisten Geld und diverse Wertgegenstände

ST. GALLEN Eine 79-jährige hat am Donnerstag in St. Gallen falschen Polizisten Wertsachen und Bargeld für mehrere Zehntausend Franken übergeben. Die Betrüger spielten ihr vor, bei einer Festnahme auf ihren Namen gestossen zu sein. Um Geld und Wertsachen in Sicherheit zu bringen, solle sie diese im Quartier deponieren. Das tat die Frau, wie die Kantonspolizei am Freitag mitteilte. Zudem forderten die Betrüger von ihr, ihren Verwandten nichts zu erzählen und erst am nächsten Tag bei der Polizei in St. Gallen vorzusprechen. (sda)

Frick kann neuerlichen Lockdown nicht ausschliessen

Winter Tiefe Impfquote, steigende Infektionszahlen: Von einer totalen Aufhebung der Massnahmen, über die Beibehaltung oder einer Verschärfung der 3G-Pflicht bis hin zu einem neuen Lockdown scheint in den kommenden Monaten alles möglich.

VON DAVID SELE

Er gehe nicht davon aus, dass es nochmals zu einschneidenden Corona-Massnahmen kommen wird, sagte Regierungschef Daniel Risch bereits im Sommer. Damals verwies er bereits auf das Covid-Zertifikat, das bei einer allfälligen Verschlechterung der Lage eingesetzt werden könnte, um Schliessungen zu verhindern. In dieser Situation befindet sich Liechtenstein heute. Doch die epidemiologische Lage könnte schlimmer sein. In der kalten Jahreszeit wird mit einem weiteren Anstieg der Infektionszahlen gerechnet. Und es stellt sich zunehmend die Frage, ob und wie lange mit den derzeit geltenden 3G-Regeln das Tempo so weit gedroselt wird, um eine für das Gesundheitssystem verträgliche Ausbreitung des Virus zu gewährleisten. Auf die Frage, ob Liechtenstein den zweiten Corona-Winter ohne Schliessungen überstehen wird, konnte Gesundheitsminister Manuel Frick am Freitag gegenüber Radio L denn auch lediglich mit «Ich hoffe es» antworten.

Viel Ungewissheit

Vorausgeschickt werden muss sämtlichen Überlegungen, dass es völlig ungewiss ist, wie sich das Infektionsgeschehen in den kommenden Monaten gestalten wird. Prognosen gibt es zuhauf, doch beruhen sie auf einer Vielzahl unsicherer Parameter. In den letzten Wochen habe sich die Situation auf den Schweizer Intensivstationen zwar wieder etwas beruhigt, sagte Manuel Frick. Wobei nicht von einem Normalzustand gesprochen werden könne. Zeitlich geht die verbesserte Situation mit der Einführung der 3G-Pflicht einher. Allein darauf zurückzuführen will es Manuel Frick aber nicht. 3G



Gesundheitsminister Frick hofft, dass sich viele noch für die Impfung entscheiden. (Foto: IKR)

sei sicher hilfreich. «Aber die Realität ist komplexer», so der Gesundheitsminister. Eine wichtige Komponente sei auch mit 3G die Saisonalität, sprich, die tieferen Temperaturen und die damit verbundene Verlagerung des Lebens in die Innenräume.

Plänen für den Ernstfall

Derzeit steigen die Infektionszahlen wieder an, ob es sich um einen kurzfristigen Trend oder um den Beginn einer grösseren Welle handelt, ist noch unklar. Sorge bereitet den Entscheidungsträgern mit Blick auf den Winter, wie sich die Situation in den Spitälern bei einem deutlich höheren Infektionsgeschehen präsentieren könnte. Planen muss die Politik nämlich für den Ernstfall. Die Stellschrauben sind offensichtlich: Eine Ausweitung der 3G-Pflicht,

die Einführung von 2G, ergänzende Schutzmassnahmen oder sogar ein neuerlicher Lockdown – für alle. Politisch opportun ist derzeit sicher nichts davon. Doch wie weit wird man gehen müssen?

Ein Teil der Wahrheit ist, dass Liechtenstein diese Frage, wenn sie sich denn stellt, nicht alleine beantworten können wird. Man ist von der Strategie der Nachbarn – insbesondere der Schweiz – abhängig. Der andere Teil: «Je mehr Menschen geimpft sind, desto besser sind die Chancen», so Gesundheitsminister Manuel Frick.

Impfen zur Vorsorge

Und so scheint für den Gesundheitsminister auch klar, dass im Moment alle Bestrebungen in Richtung einer höheren Impfquote gehen sollten.

Quasi als Vorsorgemassnahme. Eine neue Werbekampagne soll bald starten. In den kommenden Tagen stehen mehrere Spontanimpftermine in den Gemeinden an. In den Betrieben wird seit dieser Woche geimpft. Wer keinen mRNA-Impfstoff will, kann im Landesspital Janssen haben. Entgegen der von der Regierung im August geäusserten Haltung, sollen nun zudem auch Briefe an alle Haushalte verschickt werden, wie Frick im Radio verkündete. Das Ziel ist eine Impfquote von etwa 80 Prozent. Der Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset sagte kürzlich, eine Impfquote von 80 Prozent bei den 18- bis 65-Jährigen und von 93 Prozent bei den über 65-Jährigen sei nötig, damit die geltenden Massnahmen wie die 3G-Pflicht aufgehoben werden könnten.

Heroingestützte Behandlung von Süchtigen wird derzeit geprüft

Petition Kürzlich regte ein Liechtensteiner, der selbst abhängig war, eine Substitutionsbehandlung mit Heroin an, wie es in der Schweiz seit Jahren möglich ist. Liechtenstein prüft diese Möglichkeit nun zumindest.

VON DANIELA FRITZ

31 Personen befinden sich derzeit in Liechtenstein wegen ihrer Opiatabhängigkeit in einer Substitutionsbehandlung. Die Bedingungen dafür sind gesetzlich streng geregelt. Die Betroffenen erhalten unter ärztlicher Betreuung eine kontrollierte Menge an einem Substitutionsmedikament – in Liechtenstein Methadon, Sevr-Long, Subutex oder Levomethadon. Die Medikamentenauswahl, Dosis, Verträglichkeit und Behandlungsdauer werden gemeinsam mit dem behandelnden Arzt festgelegt. Einer der Betroffenen ist der Schaaner Marco R.*, ein ehemaliger Heroinabhängiger. Im Gespräch mit dem «Volksblatt» (siehe Ausgabe vom 20. Oktober) erzählte er von seiner Sucht und dem Kampf gegen die Drogen. Statt Methadon wünscht er sich aber eine Substitutionsbehandlung mit Diamorphin – also Heroin. Das klingt zunächst komisch, ist in der Schweiz aber seit Längerem eine anerkannte Behandlungsmethode. Rund 1700 Abhängige werden damit in ambulanten Fachzentren behandelt, das sind etwa acht Prozent der

Opiatabhängigen in der Schweiz. Das birgt Chancen und Risiken, wie das Amt für Gesundheit gegenüber dem «Volksblatt» ausführte. Der Vorteil liegt darin, dass die Betroffenen mit Diamorphin die gewünschte körperliche und psychische Wirkung von Heroin erreichen. Bei dieser Form der Substitutionstherapie ist das Risiko, das nebenher illegales Heroin konsumiert wird, im Gegensatz zu «klassischen» Methoden geringer.

Petition überreicht

In Liechtenstein ist die heroingestützte Behandlung hingegen explizit verboten. In einer Petition wandte sich Marco R. Anfang der Woche mit seiner ungewöhnlichen Bitte daher an den Landtag. Dieser wird sich in der November-Sitzung damit befassen und die Petition allenfalls an die Regierung überweisen. Was die Regierung damit anfängt, ist prinzipiell ihr überlassen. Das Ministerium für Gesellschaft signalisiert allerdings Gesprächsbereitschaft. «Ob die Möglichkeit für eine heroingestützte Behandlung besteht, wird derzeit abgeklärt», heisst es auf «Volksblatt»-Anfrage. Allerdings müssten Nutzen und Aufwand abgewogen werden. Das Ministerium verweist auf die Anforderungen, die in der Schweiz für eine heroingestützte Behandlung gelten. So müssen die Betroffenen mindestens 18 Jahre alt und seit mindestens zwei Jahren schwer heroinabhängig sein. Bevor ein Einsatz von Diamorphin erwägt wird, müssen bereits zwei Behandlungsversu-

che ohne Erfolg geblieben sein. Zudem müssen physische, psychische oder soziale Auswirkungen bestehen, die auf den Drogenkonsum zurückzuführen sind.

«Es gilt in diesem Zusammenhang auch zu klären, welche Anforderungen eine Abgabestelle erfüllen müsste und welche organisatorischen Erfordernisse dafür nötig sind», so das Ministerium. Denn in der Schweiz werden strenge Anforderungen an spezialisierte Institutionen für heroingestützte Behandlungen gestellt, sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch der personellen Anforderungen.

Das Amt für Gesundheit führte bereits aus, wie hoch der Aufwand eines Heroinabgabezentrums in der Praxis ist: «Die Personen müssen sieben Tage die Woche mindestens dreimal am Tag in dieses Zentrum gehen. Dort müssen zum einen Fachpersonen sein, die das Heroin abgeben, dann muss vor Ort die Injektion erfolgen. Die Betroffenen müssen dann noch mindestens eine halbe Stunde in der Einrichtung bleiben, um auszuschliessen, dass es zu Zwischenfällen wie etwa einer Atemdepression kommt. Aus diesem Grund bedarf es auch eines ärztlichen Hintergrundes, um allenfalls dann auch notfallmässig zu intervenieren und reanimieren zu können.»

Man setzt auf regionale Kooperation

Marco R. vermisst ausserdem eine Beratungsstelle im Inland – er selbst musste nach Buchs, klagte er. Liechtenstein arbeitet mit diversen spezialisierten Institutionen in der Regi-



Das «Volksblatt» berichtete am 20. Oktober ausführlich über die Vor- und Nachteile einer Heroinsubstitution und den persönlichen Kampf von Marco R.*. (Faksimilie: VB)

on zusammen. «Die Kooperation hat sich als sinnvoll erwiesen und wurde daher durch den Abschluss von Verträgen fortgesetzt», schreibt das Ministerium.

Zudem verweist es auf Therapeuten und Ärzte in Liechtenstein, die spezifische Ausbildungen und Erfahrungen im Suchtbereich haben. Gerade Heroinabhängige benötigen nicht nur therapeutische, sondern auch medizinische Hilfe. «Suchtberatung und -therapie ist eine anspruchsvolle Angelegenheit, die ein spezialisiertes Fachwissen benötigt», so das Ministerium. Ein weiterer Ansprechpartner ist das Amt für Soziale Dienste (ASD). «Es ist auch möglich, sich anonym am Telefon beraten zu lassen», ergänzt das Ministerium. Das ASD bietet entweder selbst Hilfe an oder vermittelt an die Kooperationspartner in der Region.

*Name von der Redaktion geändert.